

01.12.2014

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion der PIRATEN

E.ON / E.OFF - Aufspaltung des größten deutschen Energiekonzerns und die Folgen für NRW

Nach Medienberichten vom 01.12.2014 stehen bei dem größten deutschen Energiekonzern E.ON radikale Umstrukturierungen an. Der in Düsseldorf beheimatete Konzern kündigte an, sich zukünftig auf das Geschäft mit erneuerbaren Energien, Energienetzen und Kundenlösungen konzentrieren zu wollen. Die Geschäftsfelder Gas-, Kohle- und Atomenergie sollen hingegen in eine börsennotierte Gesellschaft ausgegliedert werden. Wie die Rheinische Post (01.12.2014) berichtet, werden zukünftig nur noch 40000 Mitarbeiter zum Kernunternehmen gehören. Voraussichtlich 22000 Mitarbeiter sollen demnach im Jahr 2016 in die neue Gesellschaft ausgelagert werden.

Derzeit noch völlig unklar sind die wirtschafts- und energiepolitischen Folgen der geplanten Abspaltung für Nordrhein-Westfalen. Auch mögliche Konsequenzen für die Mitarbeiter von E.ON sind derzeit noch nicht absehbar.

Die Rheinische Post vergleicht die geplante Abspaltung mit der Einrichtung einer Bad Bank, mit dem Ziel, die risikobehafteten Geschäftsfelder auszulagern. Auch der Rückbau der Atomkraftwerke würde in den Aufgabenbereich der neuen Gesellschaft fallen. In der Vergangenheit wurde bereits die Idee einer Atomstiftung diskutiert, in die die Kraftwerksbetreiber ihre Risiken auslagern können. Wesentliche Fragen, ob zum Beispiel die Höhe der Rücklagen ausreicht, oder inwiefern der Staat finanzielle Risiken übernimmt, wären angesichts der Schuldenlast in Höhe von 31 Milliarden Euro dringend zu klären.

Vor diesem Hintergrund muss sich der Landtag im Rahmen einer Aktuellen Stunde mit den Folgen der geplanten Umstrukturierung von E.ON befassen und die womöglich folgenreiche Ausgliederung der Risiken diskutieren.

Dr. Joachim Paul
Marc Olejak

und Fraktion

Datum des Originals: 01.12.2014/Ausgegeben: 01.12.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de